

Wahlprogramm der FDP für die Wahlen zur Regionsversammlung am 11.09.2016

Kapitelübersicht:

- 1. Einleitung**
- 2. Haushalt und Finanzen – Haushaltskonsolidierung und angemessenes Investieren in Zukunftsprojekte**
- 3. Bildung – Erhalt der Bildungsqualität des Dualen Systems und Förderung von durchlässigen und integrativen Angeboten**
- 4. Arbeitsmarkt – Standortstärkung durch gutes Infrastrukturangebot und zielgerichtete Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zur Fachkräftesicherung**
- 5. Mobilität – optimale Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel und ausgewogene Investitionen in Straßeninfrastruktur und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**
- 6. Bauen – Mehr Wohnraumangebote für alle Altersklassen und in unterschiedlichen Preissegmenten**
- 7. Gesundheit und Krankenhäuser – Hochklassige Spitzenmedizin und bestmögliche wohnortnahe Grundversorgung**
- 8. Flüchtlinge und Integration – Chancen einer vielfältigen Gesellschaft nutzen**
- 9. Soziales, Familie und Jugendhilfe – Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe – Fördern und Fordern**
- 10. Seniorinnen/Senioren – Selbstbestimmtes Leben und unterschiedliche Lebensmodelle ermöglichen**
- 11. Regionalplanung – Lebensqualität für urbane und ländliche Lebensräume befördern**
- 12. Leben in einer gesunden Umwelt – Umweltschutz mit den Menschen und nicht gegen sie**
- 13. Abfallwirtschaft – Serviceleistungen stärken und Gebührengerechtigkeit herstellen**
- 14. Naherholung und Tourismus – eine I(i)ebenswerte Region für Einheimische und Erholungssuchende aus Nah und Fern**
- 15. Sport und Kultur – Hochwertige Sport-, Freizeit- und Kulturangebote stärken den Standort Region Hannover**
- 16. Ehrenamt stärken – Freiwilliges Engagement unterstützen – für eine bessere Bürgerbeteiligung bei strittigen Themen**

1. Einleitung

Die Region Hannover ist mit rund 2.300 km² Fläche die größte Gebietskörperschaft in Niedersachsen und erfüllt seit ihrer Gründung im Jahr 2001 eine Vielzahl von gesetzlichen Aufgaben und Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Sie ist Trägerin des ÖPNV und zuständig für die Bestellung und Finanzierung von ÖPNV-Angeboten einschließlich der Verkehrsangebote des Schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV). Ihr obliegt der Sicherstellungsauftrag für das Krankenhauswesen und sie ist Trägerin der kommunalen Krankenhäuser in ihrem Gebiet. Sie übernimmt Aufgaben des örtlichen Trägers der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe. Die Bildungsangebote an Berufs- und Förderschulen mit Ausnahme der Förderschule für Lernhilfe, des Abendgymnasiums, des Hannover-Kollegs sowie der Schullandheime werden von der Region Hannover organisiert und koordiniert. Sie nimmt die Aufgaben der Abfallsammlung und –entsorgung in ihrer Funktion als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger wahr, bearbeitet zentrale Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus, trägt Verantwortung für Aufgaben nach dem Niedersächsischen Pflegegesetz und ist übergreifende Ansprechpartnerin für Fragen zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in der Region Hannover.

Zur Region Hannover gehören die 20 Städte und Gemeinden des ehemaligen Landkreises Hannover, in denen rund 671.000 Menschen leben, und die Landeshauptstadt Hannover, in der rund 529.000 Menschen zu Hause sind. Mit rund 1,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sind rund 15% der niedersächsischen Bevölkerung, also fast jeder sechste Niedersachse, in der Region Hannover beheimatet. Die Region Hannover ist umgeben von den angrenzenden Landkreisen Celle und Heidekreis im Norden, Nienburg und Schaumburg im Westen, Hameln im Südwesten, Hildesheim im Süden sowie Gifhorn und Peine im Osten.

Ziel bei Regionsgründung war, die Lebensqualität für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Region Hannover zu verbessern durch höhere Konkurrenzfähigkeit der Region innerhalb der europäischen Wirtschaftsräume, die Wirtschaftskraft der gesamten Region zu stärken und einen Vorteils- und Lastenausgleich insbesondere bei den Sozial- und Jugendhilfekosten, bei den Regionskrankenhäusern, den Berufs- und Förderschulen und dem ÖPNV-Angebot zu bewirken. 15 Jahre nach Regionsgründung ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Gründe hierfür sind einerseits bundespolitische Entwicklungen, die die Kostenentwicklung bei der Region Hannover stark beeinflussen, die allgemeine Unterfinanzierung der Kommunen in Deutschland, aber auch politische Entscheidungen

der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Ebene der Region Hannover. Diese haben kontinuierlich über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Region Hannover die Mehrheit in der Regionsversammlung gestellt und konnten die Richtung vorgeben. Die FDP als Kraft der politischen Mitte unternimmt alle Anstrengungen, bei den Kommunalwahlen 2016 mit einem guten Ergebnis den Wechsel der politischen Mehrheit zu bewirken und mit einer sachorientierten Arbeit Einfluss auf die Umsetzung politischer Zukunftsprojekte zum Wohl aller Einwohnerinnen und Einwohner der Region Hannover zu nehmen.

Auf der Agenda der FDP stehen in der vierten Wahlperiode der Region Hannover 2016-2021 diese Forderungen, deren Umsetzung mit folgender Priorität verfolgt werden sollen:

1. Entschiedenere Haushaltskonsolidierung und Abbau der Altschulden. Der hohe Personaleinsatz der letzten Jahre muss gestoppt werden. Möglichkeiten von verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit zur Senkung der Verwaltungskosten und zur Steigerung der Qualität von Leistungen müssen ausgelotet werden. Die Finanzkraft der Regionalkommunen soll durch eine Senkung der Regionsumlage gestärkt werden.
2. Optimale, passgenaue Bildungsangebote auf Basis einer bisher fehlenden, übergreifende Schulentwicklungsplanung auf Regionalebene mit weitgehenden Möglichkeiten für eine inklusive, barrierefreie Beschulung unter Erhalt der Wahlfreiheit für die Eltern bei der Entscheidung zur Beschulung ihrer Kinder an einer Regelschule oder an einer Förderschule.
3. Fortschreibung des Berufsschulkonzeptes mit der Entscheidung über die Weiterentwicklung von Kompetenzzentren und der Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Angebotes im neuen Berufsschul-Campus in Hannover.
4. Ausgewogene Investitionen in das Regionsstraßennetz und den ÖPNV garantieren.
5. Passende Wohnungsangebote nachfragegerecht entwickeln.
6. Zentrale, übergreifende Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung durch die Region Hannover unter Einbindung der Regionalkommunen. Unterschiedliche Entwicklungsvoraussetzungen der Regionalkommunen müssen angemessen berücksichtigt werden.

7. Effektivere Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, um die Region Hannover fit zu machen für den überregionalen, europaweiten Wettbewerb um die besten Fachkräfte, zukunftsweisende Technologien und die Ansiedlung von Unternehmen mit dem Angebot moderner Arbeitsplätze.
8. Erarbeiten eines zukunftsfähigen Konzeptes für die Regionskrankenhäuser, das eine patientenorientierte, wohnortnahe medizinische Versorgung auf qualitativ höchstem Niveau sicherstellt und die Wirtschaftlichkeit über verbesserte Strukturen und eine Schwerpunktsetzung des medizinischen Leistungsangebotes ab 2017 erreicht.
9. Entwicklung eines neuen, den Ansprüchen aller Bürgerinnen und Bürger im gesamten Regionsgebiet gerecht werdenden Abfallentsorgungssystems.
10. Natur- und Klimaschutz in Abgleich mit wirtschaftlichen Interessen auf vertretbare Kompromiss-Linie bringen und Städten und Gemeinden in der Region Hannover mehr Spielraum geben bei der Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten.
11. Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2016 unter optimaler Berücksichtigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Über transparente, öffentliche Beteiligungsverfahren muss bei strittigen Themen wie zum Beispiel bei der Neuausweisung von Windenergiegebieten, der Entwicklung von Gewerbe- und Wohngebieten in den Regionalkommunen sowie des Einzelhandels um die jeweils beste Lösung gerungen werden.
12. Angemessene Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge und ihre bestmögliche Integration in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.
13. Prinzip „Fördern und fordern“ konsequent umsetzen, um Arbeitslosen schnellstmöglich über passende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu eröffnen.
14. Konzepte für ein gutes Infrastrukturangebot im Ballungsraum Hannover und in den ländlichen Gebieten des Umlandes der Region Hannover im Zusammenhang mit dem Demografischen Wandel und der hieraus resultierenden Überalterung der Gesellschaft entwickeln.
15. Stärken des Ehrenamtes und mehr Bürgernähe

2. Haushalt und Finanzen – Haushaltskonsolidierung und angemessenes Investieren in Zukunftsprojekte

Handlungsfähigkeit erhalten - Zukunftsfähigkeit sichern!

Um die Handlungsfähigkeit der Region Hannover zu erhalten und nachfolgenden Generationen Optionen zur Gestaltung ihrer Zukunft zu geben, muss die Region Hannover Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen mit Langzeitwirkung erarbeiten. Die FDP fordert ein fachbereichs- und Dezernate übergreifendes Controlling, um eine systematische Aufgabenkritik zu etablieren. Auf Basis dieser Datengrundlage sind in jedem Jahr Maßnahmen abzustimmen, die dazu führen, dass die Aufgabenerfüllung den aktuellsten Standards entspricht.

Gleichzeitig ist die Angemessenheit des Personaleinsatzes in Hinsicht auf die Notwendigkeit der Aufgabe und die Bearbeitungstiefe regelmäßig kritisch zu überprüfen und im Bedarfsfall anzupassen. Zu diesem Zweck ist ein Personalplan aufzustellen, der aufzeigt, mit welchen Maßnahmen dem drohenden Fachkräftemangel aufgrund des demografischen Wandels begegnet und wie der Wissenstransfer gesichert werden kann. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass keine weitere Erhöhung der Personalstellen in der Regionsverwaltung erfolgt. Dies ist aufgrund der Altersfluktuation sozialverträglich realisierbar.

Die FDP fordert einen verbindlichen Schuldenabbauplan mit Zielen und Fristen. Ziel ist, dass die Region Hannover mittelfristig in die Lage versetzt wird, auch in konjunkturschwachen Zeiten in jedem Haushaltsjahr Überschüsse zu erwirtschaften, um die aufgelaufenen Altschulden systematisch abzubauen.

Um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten, sind alle Anstrengungen darauf auszurichten, einen fairen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit einer Gemeindefinanzierungsreform zu erreichen.

Die Beteiligungsunternehmen der Region Hannover sind in Bezug auf das Ziel des Erreichens eines weitgehenden Kostendeckungsgrades zu analysieren.

Finanzkraft der Regionalkommunen stärken – Absenken der Regionsumlage:

Städte und Gemeinden in der Region Hannover verzeichnen seit einigen Jahren regelmäßig steigende Einnahmen aus Steueraufkommen. Dies hat zur Folge, dass sie

auch kontinuierlich wachsende Abgaben an die Region Hannover über die Regionsumlage zu zahlen haben, die die einzige wesentliche Einnahmequelle der Region Hannover ist. Da viele Regionskommunen bedingt durch ihre hohe Abgabenlast bei den eigenen Service- und Leistungsangeboten vergleichsweise geringere Standards setzen müssen als die Region Hannover und weil den Regionskommunen größere Planungs-, Steuerungs- und Gestaltungsfreiheit garantiert werden soll, fordern die Freien Demokraten, die Hebesätze der Regionsumlage.

Die FDP setzt sich entschieden für das Nutzen von Synergie- und Einspareffekten durch eine engere interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Regionskommunen untereinander sowie zwischen mehreren oder einzelnen Regionskommunen und der Region Hannover ein. Auf diese Weise werden optimale Lösungen in der Aufgabenerledigung entwickelt und Fachwissen gesichert. Gleichzeitig können Aufgaben im Rahmen eines fachlichen Austauschs und mithilfe von Kooperationen effizienter und preiswerter erledigt werden.

Gute medizinische Versorgung, beste Bildung, sichere Verkehrswege - Investieren in die Zukunft!

Um das Vermögen der Region Hannover zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Wert zu erhalten, muss jährlich ein angemessener Betrag in Investitionen mit nachhaltiger Wirkung fließen. Hierzu ist die Entwicklung einer langfristigen Strategie zum Abbau von Investitionsstaus erforderlich.

Die FDP setzt in Hinsicht auf die Dringlichkeit und das erforderliche Volumen für künftige Investitionen die Priorität bei den Regionskrankenhäusern, den Berufs- und Förderschulen der Region, den Regionsstraßen, bei der Jugend, bei Wohnraumfördermaßnahmen, u. a. auch in Bezug auf den Geschosswohnungsbau für Flüchtlinge, beim ÖPNV, bei der Wirtschaftsförderung und beim Zoo. In Hinsicht auf die Gewichtung der Mittel ist hierbei zu berücksichtigen, dass diese auf eine Ausgewogenheit abzielt.

Die Freien Demokraten fordern, dass entgegen derzeitiger Planungen der Niedersächsischen Landesregierung in Hinsicht auf die gesetzlichen Regelungen gemäß Niedersächsischem Kommunalverfassungsgesetz die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen nur dann erfolgen darf, wenn der öffentliche Zweck von privaten Dritten nicht besser oder ebenso gut erfüllt werden kann.

3. Bildung – Erhalt der Bildungsqualität des Dualen Systems und Förderung von durchlässigen und integrativen Angeboten

Berufsschulen weiter als Kompetenzzentren profilieren:

Die Region Hannover ist Trägerin aller Berufsschulen im Umland sowie im Stadtgebiet Hannovers. Um die Qualität des Bildungsniveaus zu sichern und wirkungsvoll dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen, muss eine weitere Profilierung der Berufsschulen über eine zeitgemäße Schwerpunktbildung sowie eine weitere Stärkung der Kompetenzzentren vorangetrieben werden. Die FDP fordert, dass als Grundlage für die Weiterentwicklung ein Zielkonzept für einen längeren Zeitraum bis zum Jahr 2030 erstellt wird. Dieses Zielkonzept muss Kriterien zum Erhalt des breit gefächerten Bildungsangebotes der Berufseinstiegsschule am zentral in der Stadt Hannover gelegenen BBS-Campus zum Gegenstand haben. Die Bereitstellung angemessener Investitionsmittel zum Substanzerhalt und zur Sicherung aktueller, hochwertiger Bildungsangebote im Berufsschul-Campus im Zentrum Hannovers ist in diesem Zusammenhang aus Sicht der FDP unabdingbar, um im Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte überregional weiterhin bestehen zu können. Das Duale System wird regionsseitig unter dem Motto „Stärken stärken“ in Hinsicht auf die fachliche Qualität des Unterrichts qualitativ profiliert. Die Bereitstellung ausreichender Unterrichtsräume an den Berufsschulen untermauert die Absicht zur Optimierung der Bildungsangebote. Bei den Raumplanungen ist zu berücksichtigen, dass ein „Raum der Stille“ allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen muss. Das Bereitstellen von Gebetsräumen für einzelne religiöse Gruppen wird von der FDP abgelehnt. Ebenso ist den Freien Demokraten wichtig, dass vor dem Hintergrund der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen kein Personalabbau an den Berufsschulen erfolgt.

Eine enge Verzahnung von Berufsschulen mit der Wirtschaft ist weiter voranzutreiben, um jungen Menschen die besten Ausgangsbedingungen für eine hochwertige Ausbildung zu bieten. Von großer Bedeutung ist auch die weitere Unterstützung der Kooperationsbildung zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, denn dies trägt zur Rückführung der Schulabbrecher-Quote bei und erhöht die Chance auf einen guten Schulabschluss sowie einen Ausbildungsplatz. In Hinsicht auf die Standorte der Berufsschulen im Gebiet der Region Hannover legt die FDP großen Wert darauf, dass neben der Profilierung der Berufsschulen im Stadtgebiet Hannovers auch die Berufsschulen im Umland Hannovers in Hinsicht sowohl auf die Bildungsangebote, als auch in Bezug auf die Erreichbarkeit mit Auto oder ÖPNV zukunftssicher aufgestellt werden.

Wahlfreiheit zwischen Förder- und Regelschulen erhalten:

Die Förderschulen der Region Hannover haben stets eine Vorreiterrolle bei den Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche mit Handicaps eingenommen und setzen Meilensteine auch im überregionalen Vergleich in Hinsicht auf die Bildungsqualität an ihren Schulen. Die Förderschulen der Region Hannover leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Qualifizierung dieser Jugendlichen für den Arbeitsmarkt und ermöglichen und fördern die soziale Integration. Die Freien Demokraten fordern daher, dass den Eltern auch künftig die Wahlfreiheit erhalten bleibt, ob sie ihr Kind an einer Förderschule oder im Zuge der Inklusion an einer Regelschule unterrichten lassen wollen. Besonderen Wert legt die FDP auf den Erhalt der Förderschule „Lernen“.

Besonders setzt sich die FDP dafür ein, dass nach einem auf Landesebene ausgelösten langwierigen Planungsstopp für den Neubau der Förderschule auf der Bult diese wichtige Investition jetzt schnellstmöglich zur Realisierung kommt. Trotz der Ausweitung des sogenannten Mobilen Dienstes zur Förderung und Unterstützung gehandicapter Schülerinnen und Schüler an den Regelschulen ist das Angebot an dieser zentral in Hannover gelegenen Schule darüber hinaus ein ergänzendes, wichtiges Angebot zur zeitweisen individuellen Betreuung und Bildung dieser Kinder und Jugendlichen. Die FDP legt Wert darauf, dass die Finanzierung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern nicht zu Lasten der kommunalen Ebene geht und nicht auf das Schulbudget angerechnet wird, sondern aus Mitteln des Landes Niedersachsen erfolgt. Die FDP begrüßt, dass an der Förderschule auf der Bult durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Förderschullehrkräften, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern eine intensive Betreuung der Schülerinnen und Schüler angeboten wird. Mittelfristiges Ziel ist, dass die dort beschulten Kinder schnellstmöglich wieder in eine ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Schule reintegriert werden können, einen Schulabschluss erreichen und somit eine adäquate Berufsvorbereitung erhalten.

Schullandheime:

Es ist nicht Aufgabe der Region Hannover, Schullandheime vorzuhalten. Vor dem Hintergrund der großen Konkurrenz anderer Anbieter und der regelmäßig jährlich erwirtschafteten Defizite in niedrigem sechsstelligen €-Bereich fordert die FDP deren Verkauf. Die frei werdenden Mittel sind bei den Berufs- und Förderschulen besser investiert.

4. Arbeitsmarkt – Standortstärkung durch gutes Infrastrukturangebot und zielgerichtete Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zur Fachkräftesicherung

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 erfolgte eine Ausdehnung des Gebiets der europäischen Union nach Osteuropa mit der Folge einer Aufnahme zahlreicher und vielfältiger Handelsbeziehungen. Mit ihrer heutigen Mittellage in Deutschland ebenso wie in der EU und an den Schnittpunkten der Nord-Süd- sowie Ost-West-Verkehrsachsen hat die Region Hannover sehr gute Ausgangsbedingungen für eine Fortsetzung ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aktuell erwirtschaftet die Region Hannover rund 25% der niedersächsischen Wirtschaftsleistung.

Schwerpunkt Logistikflächenkonzept umsetzen:

Ein wichtiges Themenfeld in der Wirtschaftspolitik der Region Hannover muss aus Sicht der FDP der Ausbau der Logistikwirtschaft sein. An ausgewählten, besonders geeigneten Standorten mit der Möglichkeit zur Nutzung möglichst vieler verschiedener Verkehrswege auf der Schiene, auf dem Wasser und auf der Straße sollen auf Basis des Logistikflächenkonzeptes der Region Hannover 2020 Förderschwerpunkte gesetzt werden.

Standortstärkung durch Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft:

Um im Wettbewerb mit anderen Regionen in Europa um die besten Fachkräfte gerade auch vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demografischen Wandels bestehen zu können, setzen sich die Freien Demokraten für eine bessere Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich Forschung und Entwicklung ein. Eine verstärkte Förderung der Neugründung von Unternehmen trägt dazu bei, dass das erlangte Knowhow der in der Region Hannover ausgebildeten Hochschulabsolventen und Fachkräfte vor Ort erhalten bleibt und das Angebot an innovativen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen ausgebaut wird. Die FDP unterstützt die Bereitstellung angemessener Investitionsmittel für den Ausbau von Breitbandinternetverbindungen in weniger gut versorgten Gebieten in der Region Hannover. Dies verbessert die Position der Region Hannover im überregionalen Wettbewerb um die Neu-Ansiedlung von innovativen Arbeitsplätzen und neuen Betrieben und Unternehmen.

Kooperation der Region Hannover mit den Kammern:

Durch eine Optimierung und den Ausbau von Kooperationen von Region Hannover mit der Wirtschaft sowie den Kammern und Verbänden sollen kleine und mittelständische Unternehmen in die Lage versetzt werden, Ausbildungsanreize zu setzen und Hilfe in der Nachwuchsrekrutierung erhalten. Diese kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetriebe stellen die weitaus größte Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Region Hannover. Um kleinen und mittelständischen Betrieben eine Chance auf eine eigenständige Bewerbung im Wettbewerb um öffentliche Investitionen zu eröffnen, sind Ausschreibungen mittelstandsgerecht vorzunehmen. Hierzu ist es erforderlich, dass bei Ausschreibungen generell darauf geachtet wird, dass zugrunde liegende Aufträge in einzelne Losgrößen aufgeteilt und jedes Teil-Los je wirtschaftlich einzeln ausgewertet wird. Hierdurch wird vermieden, dass kleinere Unternehmen von Teilnahmewettbewerben von vorneherein ausgeschlossen sind oder diese nur über eine Beteiligung im Rahmen einer Bietergemeinschaft möglich würde.

Um eine nochmalige Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Region Hannover in seiner Gesamtheit zu erzielen, befürwortet die FDP die Stärkung der effizienten Wirtschaftsförderung der Region Hannover in Hinsicht auf ihre strategische und inhaltliche Ausrichtung durch die zentrale Koordinierung durch die Region Hannover unter bestmöglicher Einbindung der Regionskommunen. Nur dies bietet die Chance, die gute Position der Region Hannover und ihrer Regionskommunen im überregionalen Wettbewerb zu stärken und kontinuierlich weiter auszubauen.

5. Mobilität – optimale Verknüpfung verschiedener „Verkehrsträger“ und ausgewogene Investitionen in Straßeninfrastruktur und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

ÖPNV-Angebote attraktiv gestalten und wirtschaftlich aufstellen:

Mobilität erlangt immer größere Bedeutung in unserer Gesellschaft. Die Anforderungen an bestmöglich abgestimmte Verkehrsangebote in der Region Hannover steigen mit den stetig steigenden Erwartungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hinsicht auf ihre beruflich bedingte Mobilität. Hierbei spielt der Pendlerverkehr aus dem Umland Hannovers zum Erreichen des Arbeitsplatzes in Hannover sowie aus Hannover in die Regionskommunen ebenso eine große Rolle wie flexible Angebote zur Kombination verschiedener Mobilitätsangebote innerhalb der Stadt Hannover. Die wachsenden Bedürfnisse der in der Region Hannover lebenden Menschen in Bezug auf ihre Freizeitgestaltung stellen ebenfalls einen wichtigen Faktor für die Planung von zukunftsfähigen Mobilitätsangeboten in der Region Hannover dar. Die FDP setzt sich dafür ein, dass insbesondere Maßnahmen zur Flexibilisierung und zur besseren Kombination verschiedener Mobilitätsangebote ergriffen werden.

Beim Nahverkehrsangebot ist das Ziel der FDP, eine weitere Steigerung der Attraktivität bei gleichzeitiger größtmöglicher wirtschaftlicher Effizienz zu erreichen. Das bedeutet, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den Schutz vor Zudringlichkeiten im ÖPNV zu gewährleisten und die Serviceleistungen wie Sicherheit, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Fahrgastinformationen stetig zu verbessern. Um sich verändernden Bedarfen unterschiedlicher Nutzergruppen im ÖPNV – zum Beispiel denen von Berufspendlern, Seniorinnen und Senioren, Kindern und Jugendlichen sowie von Menschen mit Handicaps bestmöglich gerecht werden zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, diese Nutzergruppen über Bürgerbeteiligungsprozesse bei der Entwicklung von Nahverkehrsplänen sowie den jährlich neu aufzulegenden Fahrplänen im Großraum Verkehr Hannover (GVH) einzubeziehen. Angemessen zu berücksichtigen sind ebenfalls Anregungen und Vorschläge der im GVH beauftragten öffentlich-rechtlichen und privaten Unternehmen im Bereich der Stadtbahn, der Busverkehre und des Schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV).

Um sich dem Ziel einer höheren Wirtschaftlichkeit bei den ÖPNV-Angeboten in der Region Hannover anzunähern, muss die Zahl der Fahrgäste weiter stetig gesteigert werden. Über eine Erhöhung der Einnahmen der Verkehrsunternehmen wird das durch die Region Hannover in ihrer Funktion als Trägerin des ÖPNV regelmäßig auszugleichende Defizit der Verkehrsunternehmen üstra AG, infra GmbH und der RegioBus GmbH abgesenkt. Zu erzielende Gewinne aus der Ausschreibung der S-Bahn-Leistungen sollen nicht in neue ÖPNV-Angebote investiert werden, sondern zur Konsolidierung des Haushaltes der Region Hannover sowie zum Schuldenabbau verwendet werden.

Darüber hinaus bedarf es einer regelmäßigen kritischen Überprüfung des ÖPNV-Angebotes bei Leistungsumfang und Kostenentwicklung: Die Taktung im Stadtbahn- und Busverkehr muss in Hinsicht auf vertretbare Streckungen in Schwachverkehrszeiten kritisch überprüft werden. Das Angebot der Sprinter-Busse der üstra AG zur schnellen Anbindung von Umland-Kommunen ins Zentrum der Stadt Hannover wird von der FDP als grundsätzlich sehr sinnvoll erachtet. Bei der Linienführung muss jedoch darauf geachtet werden, dass Parallelverkehre zwischen Stadtbahn- und Busverkehr bei nicht ausreichender Auslastung vermieden werden. Ein hoher Standard bei den Umsteigebeziehungen sowohl innerhalb des Liniennetzes der Stadtbahn als auch zwischen dem Stadtbahnnetz und dem Bus-Angebot der üstra AG im Stadtgebiet Hannovers und der RegioBus GmbH im Umland Hannovers muss Vorrang haben und gewährleistet bleiben. Für Gebiete mit geringerer Besiedelung im Umland Hannovers mit geringerer Nachfrage nach ÖPNV-Angeboten ist zu prüfen, welche ÖPNV-Angebote als Standardleistungen im GVH ausgewiesen sind und welche über Ruf-Taxi-Angebote wirtschaftlicher angeboten werden können.

Der Bau neuer Stadtbahn-Linien ist bei der Vorplanung genau zu prüfen in Bezug auf eine erforderliche hohe Wirtschaftlichkeit der Linienführung und innerhalb der Bauplanung in Hinsicht auf eine effiziente Erstellung. Umfassende Bürgerbeteiligungsverfahren und transparente Entscheidungsprozesse müssen nach Auffassung der FDP Grundvoraussetzung sein für die Erarbeitung künftiger Vorhaben.

Das Projekt D-Linie hat die FDP abgelehnt, weil die verkehrlichen Auswirkungen im Innenstadtbereich als zu gravierend erachtet wurden und zudem hohe Kosten insbesondere durch die Führung der Linie durch den Posttunnel zu erwarten sind. Überdies wird die Tunnellösung favorisiert, da hierfür bereits bauliche Vorleistungen erfolgt sind. Die Freien Demokraten fordern, dass alle Anstrengungen seitens der Region Hannover unternommen werden, um die Stadt Hannover dazu zu bewegen, bei der

geplanten Steintorplatzbebauung von allen baulichen Maßnahmen abzusehen, die eine Tunnellösung für die D-Linie zukünftig verhindern würden.

Verkehrsentwicklungsplanung:

Alle Maßnahmen zur Verstetigung des Verkehrsflusses werden von der FDP begrüßt. Das Schalten der Grünen Welle wird als optimales Mittel erachtet, um das erklärte Ziel zu erreichen. Alternativ unterstützen die Freien Demokraten auch Maßnahmen zur Pulksteuerung, um auf längeren Ausfallstraßen die Halte-, Brems- und Anfahrvorgänge zu reduzieren. Über diese Maßnahmen kann zudem eine deutliche CO²-Reduzierung erreicht werden.

Die FDP befürwortet die Überprüfung von Möglichkeiten, die die E-Mobilität in der Region Hannover in Hinsicht auf eine Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur voranbringen können. Sie fordert, dass die Regionsverwaltung prüft, unter welchen Konditionen eine sukzessive Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität realisierbar ist.

Ein regionales Konzept für den Radverkehr sollte aus Sicht der FDP prioritär den Erhalt der Qualität des vorhandenen Radwegenetzes sowie Lückenschlüsse innerhalb des bestehenden Wegenetzes zum Ziel haben. Eine deutliche Bevorzugung des Radverkehrs zum Beispiel durch einen Bau von Radschnellwegen lehnt die FDP ab, da sie alle Verkehrsmittel in ihrer Bedeutung gleich stark gewichtet sehen möchte. Überdies würde mit der deutlichen Bevorrechtigung des Radverkehrs das Ziel der Fahrgaststeigerung im ÖPNV konterkariert.

Sanierungsstau bei Regionsstraßen abbauen:

Eine faire Gewichtung bei den Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV einerseits und in das 640 km umfassende Regionsstraßennetz andererseits ist Grundvoraussetzung, um eine leistungsfähige Infrastruktur in Städten und Gemeinden auch in Randlagen der Region Hannover überhaupt erhalten zu können. Seit Regionsgründung im Jahr 2001 besteht in jedem Haushaltsjahr wiederkehrend ein Missverhältnis zwischen den bereitgestellten Mittel für Investitionen in die Sanierung des Regionsstraßennetzes im Vergleich zu Investitionen in den ÖPNV. Bisher wurden in jedem Jahr Mittel mit einem Anteil in annähernd dreifacher Höhe für Investitionen in den ÖPNV bereitgestellt.

Bei fortgesetzter Vernachlässigung der Straßen und nur oberflächlicher Sanierung wird die Reparatur um ein Vielfaches teurer oder es wird sogar ein kompletter Neubau der

Straße erforderlich. Die Erhöhung der jährlich bereitzustellenden Mittel für die Sanierung und den Neubau von Regionsstraßen ist aus Sicht der FDP zwingend erforderlich, um eine signifikante Erhöhung der Verkehrssicherheit zu gewährleisten und erhöhte Folgekosten für Totalsanierungen zu vermeiden. Über eine zeitliche Streckung bei bereitzustellenden Investitionsmitteln für den ÖPNV, zum Beispiel beim Bau von neuen Linien für Stadtbahnverlängerungen sowie durch eine moderate Absenkung der Standards in der Bauausführung von Infrastrukturanlagen im ÖPNV bei Hochbahnsteigen, Bushaltestellen sowie Bike & Ride-Plätzen können die höheren Investitionen für die Regionsstraßen kompensiert werden.

6. Bauen – Mehr Wohnraumangebote für alle Altersklassen und in unterschiedlichen Preissegmenten

Die Region Hannover verzeichnet eine ansteigende Einwohnerentwicklung und es besteht ein großer Bedarf an neuen und bezahlbaren Wohnungen. Die angespannte Situation am Wohnungsmarkt hat sich noch einmal verschärft durch die stetig steigende Nachfrage nach Wohnungen für Single-Haushalte und für die Flüchtlingsunterbringung. Es besteht insgesamt gesehen vor allem ein Mangel an verfügbarem Wohnraum im preiswerten Segment für mittlere und geringere Einkommen. Die FDP setzt sich daher für eine schnelle und unbürokratische Bereitstellung von geeigneten Flächen für öffentliche und private Investoren ein.

Aus diesem Grund begrüßen die Freien Demokraten, dass über neue Richtlinien zur Gewährung von Baukosten-Zuschüssen für den Abbau von Barrieren in selbst genutzten Mietwohnungen und Wohneigentum niedrigschwellige Beratungsangebote von der Region Hannover vorgehalten werden, mit deren Hilfe Baumaßnahmen gemeinsam mit Handwerksbetrieben im Vorfeld der Umsetzung geplant werden können. Für den Erfolg eines solchen Programms ist es aus Sicht der FDP unabdingbar, dass die Regionskommunen über das Regionale Raumordnungsprogramm 2016 nicht in der Ausweisung von Bauflächen behindert werden.

Das Nutzungs- und Finanzierungskonzept „Nachnutzung von neugeschaffenem Wohnraum für Flüchtlinge als sozialer Mietraum“ ist aus Sicht der FDP ein weiterer wichtiger Mosaikstein, um mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen zu können. Auf Bundesebene wird dies unterstützt durch ein Programm des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen“. Mit dieser Wohnungsbau-Offensive wird das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum über eine Entbürokratisierung des Bauplanungsrechts, über eine verbilligte Abgabe von Grundstücken und über Förderanreize in Großstädten und den sie umgebenden Landkreisen - also auch in der Region Hannover - enorm erleichtert.

Die FDP unterstützt das Wohnraumförderprogramm der Region Hannover. Dieses ermöglicht es, die Städte und Gemeinden in der Region Hannover bei der Erarbeitung von Wohnraumversorgungskonzepten zu unterstützen. Mithilfe dieser werden die Regionskommunen zur Inanspruchnahme einer entsprechenden Neubauförderung des Landes qualifiziert. Um dem gestiegenen Bedarf an preiswertem Wohnraum gerecht zu

werden, können somit auf Basis der neuen Förderrichtlinien Landes- und Regionsmittel künftig kombiniert werden.

Die Freien Demokraten befürworten, dass über das Wohnraumförderprogramm der Region bauliche Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit im Wohnbestand zum Tragen kommen. Dies ermöglicht Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Seniorinnen und Senioren ein weitgehend selbständiges und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden.

7. Gesundheit und Krankenhäuser – Hochklassige Spitzenmedizin und bestmögliche wohnortnahe Grundversorgung

Das Angebot muss neben der gesetzlichen Aufgabe der Sicherung einer patientengerechten, wohnortnahen, medizinischen Versorgung auf qualitativ höchstem Niveau auch den gestiegenen Anforderungen durch den demografischen Wandel für die Klinikstandorte der Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH gerecht werden. Voraussetzung dafür sind rechtlich gesicherte Finanzierungskonzepte. Die regionseigene Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH mit ihren zehn Standorten in Hannover und im Umland befand sich bei ihrer Gründung vor rund zehn Jahren in einer baulichen Restrukturierungsphase. Die aufgelegten Sanierungskonzepte werden von der FDP als nicht konsequent genug kritisiert.

Um im Wettbewerb auch über die Regionsgrenzen hinaus bestehen zu können, unterstützen die Freien Demokraten alle geeigneten Maßnahmen zur nachhaltigen Modernisierung der Versorgungsstrukturen und zur Erweiterung des Leistungsspektrums des Konzerns.

Das erklärte Ziel, den Klinik-Konzern der Region Hannover in die Lage zu versetzen, spätestens ab 2017 auch ohne Zuschüsse der Region Hannover dauerhaft positive Jahresergebnisse zu erreichen und die Eigenfinanzierungskraft zu stärken, wird ohne das Durchführen konsequenter Konsolidierungsmaßnahmen nicht realisierbar sein. Maßgeblich ist, dass entschiedene Maßnahmen zur Neustrukturierung und zu Schwerpunktbildungen umgesetzt werden, die mittelfristig durch den Abbau bisheriger Doppelstrukturen Kosteneinsparungen ermöglichen.

Der Neubau des Siloah-Krankenhauses - bei gleichzeitiger Schließung des Oststadtkrankenhauses und des Heidehauses - war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die FDP unterstützt Maßnahmen im Rahmen der „Medizinstrategie der Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH 2020“ zur bestmöglichen Ausstattung des Klinikums KRH Siloah-Oststadt-Heidehaus, das aufgrund seiner zentralen Lage in der Region Hannover, seines medizinischen und technischen Leistungsangebotes schnellstmöglich und maßgeblich zur Wirtschaftlichkeit des Gesamtkonzerns beitragen muss.

Die Freien Demokraten setzen sich bei der Erstellung eines Versorgungskonzeptes für den Osten der Region Hannover dafür ein, dass ein hochwertiges medizinisches Leistungsangebot an den bisherigen Krankenhausstandorten in Burgwedel und Lehrte vorgehalten wird. Ziel ist die bestmögliche Versorgung des betreffenden Einzugsgebietes, das die Wedemark, Burgwedel, Isernhagen, Burgdorf, Lehrte und Uetze umfasst - insgesamt rd. 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die FDP unterstützt die Pläne, einen Neubau für das abgängige Krankenhaus in Burgwedel in unmittelbarer Nähe des bisherigen Krankenhausstandortes in Burgwedel zu erstellen, im Zuge dessen eine Aufstockung der bisherigen Bettenzahl von 223 auf dann 372 erfolgen soll. Die FDP begrüßt, dass mit dem künftigen Angebot einer Stroke-Unit zur Versorgung von Schlaganfallpatienten und dem Aufbau einer Herzkathederabteilung auch eine medizinische Leistungserweiterung an diesem Standort erfolgen soll.

Das Krankenhaus in Lehrte zu erhalten und in Hinsicht auf das medizinische Leistungsangebot aufzuwerten, findet ebenfalls die Zustimmung der Freien Demokraten. An diesem Standort soll die Bettenzahl stabil bei 200 etabliert werden sowie Innere Medizin, Chirurgie und Notaufnahme erhalten bleiben. Die FDP unterstützt insbesondere die Planungen für die Einrichtung eines altersmedizinischen Zentrums an diesem Standort. Die FDP begrüßt zudem, dass das KRH Klinikum Lehrte künftig enger mit dem KRH Klinikum Agnes Karll in Laatzen kooperieren soll und Teile der geriatrischen Fachklinik in Langenhagen im Zuge der Spezialisierung des KRH Klinikum Lehrte an diesen Krankenhausstandort wechseln werden, um dort auch künftig ein angemessenes Angebot an medizinischen Leistungen vorhalten zu können.

Bei der weiteren Detailplanung des Versorgungskonzeptes für den Osten der Region Hannover ist es aus Sicht der FDP vor dem Hintergrund der unklaren Förderkulisse seitens des Landes Niedersachsen unerlässlich, die Vorhaben Schritt für Schritt durchzuplanen und Aufwand, Kosten und Effizienz regelmäßig zu überprüfen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zeitgerecht transparent darzustellen.

Nach der erfolgten Schließung des Klinikums Springe ist für die jetzt dort eingerichtete Notfallambulanz ein qualitativ und quantitativ hohes Leistungsniveau von der Region Hannover zu gewährleisten, um die medizinische Erstversorgung der Menschen vor Ort sicherzustellen. Die Erreichbarkeit des Klinikum Robert Koch Gehrden in Fällen, in denen die Notfallambulanz in Springe eine Behandlung nicht mehr anbieten kann, muss insbesondere in Hinsicht auf das ÖPNV-Angebot optimiert werden.

8. Flüchtlinge und Integration – Chancen einer vielfältigen Gesellschaft nutzen

Die menschenwürdige Unterbringung und eine sozialpädagogische und medizinische Betreuung von Flüchtlingen stehen im Zentrum der Migrations- und Integrationspolitik der FDP. Um eine schnellst- und bestmögliche Integration von Flüchtlingen sicherzustellen, sind koordinierte, gemeinsame Anstrengungen von Region Hannover und Regionalkommunen Ziel führend. Die Freien Demokraten werden sich der Verantwortung stellen und sind gewillt, diese humanitäre Herausforderung anzunehmen und gemeinsam mit allen weiteren Akteuren zu meistern.

Die Region Hannover leistet bei den Aufgaben der Flüchtlingsunterbringung, bei der Betreuung sowie bei der Integration mit der Bereitstellung von insgesamt 80 Mio. € im Jahr 2016 an die Städte und Gemeinden in der Region Hannover einen wesentlichen finanziellen Beitrag zur Bewältigung ihrer diesbezüglichen Aufgaben. Dies wird durch die FDP ausdrücklich anerkannt und mitgetragen. Bei der Durchführung der Aufgaben gemäß Asylbewerberleistungsgesetz unterstützt die Region Hannover die Städte und Gemeinden in der Region Hannover bei der Bereitstellung geeigneter Flüchtlingsunterkünfte. In der Unterbringung der Geflüchteten ist für uns Freie Demokraten immer eine dezentrale Unterbringung die bevorzugte Lösung. Wo sich dies nicht mehr umsetzen lässt, müssen Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden. Hierbei ist uns wichtig, dass man bei der Errichtung der Unterkünfte die Nachnutzung im Blick hat. Sollte die Funktion als Flüchtlingsunterkunft einmal wegfallen, dürfen keine Bau-Ruinen das Resultat sein. Dafür müssen entsprechende Konzepte entwickelt werden, wie diese Gebäude zur Nachnutzung zum Beispiel von der Region genutzt werden können.

Die Freien Demokraten begrüßen, dass das vom Niedersächsischen Landtag verabschiedete Flüchtlingsunterbringungserleichterungsgesetz das Aussetzen einiger bürokratischer Vorschriften des Bauordnungsrechts ermöglicht hat. Es ist richtig, dass Ausnahmen bei den Auflagen zur Herstellung der Barrierefreiheit sowie zu Aufenthaltsräumen von Flüchtlingsunterkünften für einen befristeten Zeitraum ausgesetzt werden.

Das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger ist unverzichtbar für eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten. Es soll daher ausdrücklich von der Region Hannover gewürdigt und unterstützt werden.

Großen Handlungsbedarf sehen die Freien Demokraten bei jugendlichen Flüchtlingen, die keiner Schulpflicht mehr unterliegen. Das Erlernen der deutschen Sprache spielt eine Schlüsselrolle bei der Integration und erleichtert den Zugang zu Kultur und Berufsleben. Die FDP setzt sich dafür ein, dass diesen geflüchteten Jugendlichen der Besuch von Sprachlernklassen ermöglicht wird. Das entsprechende Angebot SPRINT muss an den Berufsschulen der Region Hannover Schritt für Schritt ausgebaut werden. Die Raumplanungen der Berufsschulen sind hinsichtlich einer optimalen Raumauslastung sowie der Bereitstellung ausreichender Raumkapazitäten zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Zudem fordern wir vom Land Niedersachsen, dass kein weiteres Lehrpersonal an den Berufsschulen abgebaut wird, denn die Berufsschulen haben ansonsten bei der Personalplanung bereits kurzfristig keine Reserven mehr. Um den Erfolg des Sprach- und Integrationsprojektes SPRINT zu garantieren, muss sichergestellt sein, dass ausreichend fachlich geschultes Personal vorhanden ist. Zur Entlastung der Kommunen in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung sind außerdem verlässliche und dauerhafte Bundesmittel erforderlich und einzufordern.

Um den beruflichen Einstieg und den Zugang zur deutschen Sprache zu erleichtern, will die FDP über Kooperationen mit lokalen Unternehmen die Geflüchteten schneller an eine Praktikums- oder Arbeitsstelle heranführen. Über den Umgang mit deutschsprachigen Kolleginnen und Kollegen gelingt die Integration am besten.

Die Freien Demokraten unterstützen die Umsetzung des Kooperations-Integrationsprojektes des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums, der Handwerkskammern, der Bundesagentur für Arbeit und der Landkreise bzw. der Region Hannover „Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“.

Zudem sieht die FDP großes Integrationspotential in kulturellen Angeboten. Deshalb wollen wir Geflüchteten einen einfacheren Zugang zu den soziokulturellen Zentren in der Region ermöglichen. Dies lässt sich zum Beispiel durch ermäßigte Eintrittspreise zu Museen, Theatern und zu Konzertveranstaltungen für Geflüchtete erreichen.

9. Soziales, Familie und Jugendhilfe – Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe – Fördern und Fordern

Arbeitslosigkeit durch passgenaue Qualifizierungsangebote bekämpfen:

Aus der Tatsache, dass eine zunehmende Zahl an Menschen in der Region Hannover auf staatliche Unterstützung aufgrund von Arbeitslosigkeit angewiesen ist, ergibt sich erheblicher Handlungsbedarf. Trotz positiver Beschäftigungsentwicklung steigen seit Jahren die Aufwendungen der Region Hannover im Fachbereich Soziales weiter an. Die FDP unterstützt daher alle zielgerichteten Projekte und Maßnahmen, die eng mit dem Fachbereich Wirtschaftsförderung der Region Hannover, dem JobCenter Region Hannover und den Kammern und Verbänden abgestimmt werden, um weitergehende Qualifizierungswege zu entwickeln.

Einheitliche Datenbasis über Mietspiegel sorgt für Stabilisierung bei den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose:

Eine wesentliche Ursache für die ungebremst steigenden Aufwendungen ist der Anstieg bei den durch die Region Hannover zu übernehmenden Miet- und Heizkosten für Hilfeempfänger. Auf Basis des Mietspiegels besteht Rechtssicherheit bei den Mietobergrenzen. Mittelfristig kann es auf dieser Grundlage gelingen, in diesem Bereich die durch die Region Hannover zu tragenden Kosten einzudämmen.

Familie und Kinderbetreuung:

Die Region Hannover muss vor dem Hintergrund des demografischen Wandels alle Anstrengungen unternehmen, das Fortschreiten der Überalterung der Gesellschaft durch eine ausgewogene Familienpolitik aufzuhalten. Eine familienfreundliche Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf beugen dem Fachkräftemangel vor. Überdies wird bei der Entwicklung gegengesteuert, dass Frauen wegen häufig zu konstatierender gebrochener Erwerbsbiografien und phasenweiser Arbeit in Teilzeit ein sozialer Abstieg im Alter droht.

Sowohl die Nachfrage, als auch die Leistungen in der Kinderbetreuung haben sich in den letzten Jahren massiv verändert. Das Angebot der Betreuungszeiten wurde ausgeweitet und als zusätzliches Angebot sind die Krippen hinzugekommen und werden immer

stärker nachgefragt. Die Haushalte der Kommunen sind heutzutage durch die Kita-Gebühren viel stärker belastet als noch vor 15 Jahren bei Regionsgründung. Die FDP setzt sich daher für ein bedarfsgerechtes Angebot von Krippen-, Kita- und Hortplätzen unter besonderer Berücksichtigung einer umfassenden Kooperation zwischen privaten, betrieblichen, kommunalen und kirchlichen Trägern ein. Zusammen mit den Trägern sollen gemeinsame Qualitätsstandards weiterentwickelt werden, um die frühkindliche Bildung und hier insbesondere die Sprachförderung optimal zu fördern. Ziel ist, dass die dritte Kraft in Kitas in allen Regionalkommunen Standard werden kann. Die FDP befürwortet eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Regionalkommunen und der Region Hannover nach der Methode „Best Practice“. Notwendige Basis der Kooperationen sind Transparenz, Effizienz, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Qualitätsstandards und Controlling.

Die Freien Demokraten begrüßen, dass nach langwierigen Diskussionen zu Fragen der Höhe der Erstattungsbeträge für zu zahlende Pauschalen an die Städte und Gemeinden für ausgefallene Elternbeiträge im Zusammenhang mit dem Besuch von Kindertageseinrichtungen eine einvernehmliche Lösung gefunden und verabschiedet wurde. Die Regionalkommunen übernehmen die Aufgabe nun in eigener Verantwortung und werden über eine entsprechende Absenkung der Regionsumlage entlastet.

Die FDP setzt auf eine weitere Vernetzung der Einrichtungen mit der Tagespflege und ein Konzept für die Weiterqualifizierung der Tagespflegepersonen.

Das Projekt „Forscherkids“ in Kooperation mit der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, das Bildungsangebote für Kinder im Kita- und Grundschulalter in den Bereichen Naturwissenschaften und Technik vorhält und eine Professionalisierung der Mitarbeitenden in Kitas und Grundschulen befördert, wird von der FDP unterstützt.

In der Jugendhilfe fordern die freien Demokraten die mittelfristige Einführung eines niedrighwelligen, qualitätsgeprüften, regionsübergreifenden Jugendinformationsnetzwerks.

10. Seniorinnen/Senioren – Selbstbestimmtes Leben und unterschiedliche Lebensmodelle ermöglichen

Leben im Alter – für Wohnformen mit hohem Maß an Selbstbestimmtheit:

Die individuelle Würde des Einzelnen muss in den Focus genommen werden. Den Menschen in der Region Hannover sollen vielfältige Möglichkeiten eröffnet werden, ihr Leben im Alter so selbstbestimmt wie möglich zu gestalten.

Ein großer Kostenfaktor im Sozialhaushalt der Region sind bedingt durch den demografischen Wandel steigende Aufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und im Bereich Hilfe zur Pflege. Die Stärkung des ambulanten Versorgungsbereichs gegenüber der Versorgung in Pflegeeinrichtungen ist der richtige Weg. Dies wird befördert mit dem vorgehaltenen Beratungsangebot an den eingerichteten Senioren- und Pflegestützpunkten in vielen Kommunen in der Region Hannover, deren Arbeit die FDP unterstützt.

Teilhabe aller Generationen am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen:

Die FDP fordert einen abgestimmten Maßnahmenkatalog zum Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Angesichts einer stetig älter werdenden Gesellschaft müssen Maßnahmen zur Bereitstellung von seniorenrechtlichem, barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum sowie zur Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum ÖPNV, zu öffentlichen Gebäuden und zu privater Infrastruktur gewährleistet werden. Im ÖPNV sind regelmäßige Mobilitätstrainings sowie ein Fahrgastbegleitservice bei Bus und Bahn wichtige Angebote zur Erleichterung der Teilhabe.

Ehrenamtliche soziale und kulturelle Angebote für Seniorinnen und Senioren sowie die in diesem Bereich engagierten Ehrenamtlichen müssen stärker unterstützt werden, um das Angebot an Teilhabemöglichkeiten auszubauen.

Nach einem intensiven Austausch mit der Vertretung des Seniorenbeirats in der Region Hannover hat sich die FDP dafür eingesetzt, dass ein Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaft als beratendes Mitglied in den Fachausschuss für Soziales,

Wohnungswesen und Gesundheit der Region Hannover aufgenommen wurde und befürwortet die Pflege eines weiteren engen inhaltlichen Austauschs mit dem Seniorenbeirat.

Die Freien Demokraten machen sich stark für Projekte zur Unterstützung von Begegnungsmöglichkeiten in der Nachbarschaft. Neben der Stärkung des Gemeinschaftsgefühls hilft dies, die Menschen dazu zu motivieren, wieder mehr Verantwortung für ihre Mitmenschen zu übernehmen.

11. Regionalplanung – Lebensqualität für unterschiedliche Lebensräume befördern

Das Vorhalten guter Infrastrukturangebote von öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Schulen, Kitas und Büchereien sowie von Kultur- und Freizeitangeboten stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Regionskommunen. Zunehmende Bedeutung erlangen attraktive Gewerbegebiete und Wohnungsangebote in unterschiedlichen Preissegmenten sowie ein vielfältiges Nahversorgungsangebot. Die FDP fordert daher, dass die Region Hannover den Regionskommunen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2016 mehr Gestaltungsspielraum in der Ausweisung von Gewerbe- und Wohnflächen ermöglicht, damit alle Regionskommunen ihre Chance erhalten, im Wettbewerb um neue Einwohnerinnen und Einwohner und die Ansiedlung von Unternehmen mithalten zu können.

12. Leben in einer gesunden Umwelt – Umweltschutz mit den Menschen und nicht gegen sie

Energiewende befördern – Zielgerichteter Einsatz von Erneuerbaren Energien:

Die FDP befürwortet alle geeigneten Maßnahmen zur Realisierung der Energiewende. Der Erhalt einer intakten Umwelt als Lebensraum für heutige und nachfolgende Generationen ist uns ein wesentliches Anliegen. Bei der Umsetzung dieses Ziels müssen die Belange der Menschen im Zentrum stehen, staatliche Überregulierung muss unterbunden werden. In der Energiepolitik setzen die Freien Demokraten auf Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. In der Energieversorgung muss einerseits der Weg einer kontinuierlichen Verbesserung in der Umwelt- und Klimaverträglichkeit beschritten werden und gleichzeitig ist die Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung zu gewährleisten.

Windenergie – Mindestabstände von 10facher Nabenhöhe einhalten:

Ein übermäßig starker Ausbau der Windenergie in der Region Hannover wird von der FDP abgelehnt, da gesundheitliche Belastungen hieraus für die Menschen in unmittelbarer Nähe dieser Anlagen resultieren und dem Eigentum der Menschen in der Nähe solcher Anlagen ein Wertverlust droht. Die FDP fordert daher die Festschreibung eines Mindestabstandes zwischen Wohnbebauung und Windkraftanlagen von mindestens der zehnfachen Nabenhöhe (10H). Im Vorfeld der Ausweisung von neuen Gebieten für den Ausbau von Windkraftanlagen müssen die Bürgerinnen und Bürger der entsprechend betroffenen Regionalkommunen im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren angemessen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Das beinhaltet eine umfassende Prüfung der Eignung von möglichen Standorten und eine faire Abwägung aller Einwendungen.

Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Trassenführung der Stromleitung für Windenergie „SuedLink“:

Möglichkeiten für eine optimale Trassenführung müssen, nachdem auf Bundesebene beschlossen wurde, dass die Erdverkabelung bei Gleichstromprojekten wie SuedLink Vorrang hat, frühzeitig mithilfe transparenter Bürgerbeteiligungsverfahren und ergebnisoffenen mit der betroffenen Bevölkerung diskutiert werden.

Natur- und Landschaftsschutz:

Für die FDP ist der Grundsatz zu berücksichtigen, dass bei der Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten bei notwendigen Maßnahmen nicht stets das schärfste, sondern das ausreichende Mittel angewandt werden soll und die Betroffenen wie zum Beispiel Kommunen, Landwirte und Gewerbetreibende als Partner begriffen und frühzeitig, offen und transparent in die Verfahren eingebunden werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass circa die Hälfte des Gebietes der Region Hannover bereits unter Landschafts- bzw. Naturschutz gestellt wurde, muss sichergestellt werden, dass unter Beachtung der Grundsätze des Umweltschutzes eine Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe möglich ist.

13. Abfallwirtschaft – Serviceleistungen stärken und Gebührengerechtigkeit herstellen

Mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit in der Abfallwirtschaft:

Um zukünftig deutliche Verbesserungen in Hinsicht auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Abfallwirtschaft in der Region Hannover zu erreichen, fordert die FDP die Auflösung des bisherigen Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) und fordert, dass die Aufgaben in einer gemeinsamen GmbH von Region und Stadt Hannover erledigt werden. Neben Maßnahmen in der Organisation der Abfallwirtschaft sind auch weitere strukturelle Maßnahmen umzusetzen, um die Wirtschaftlichkeit in der Abfallwirtschaft bei Abfallsammlung, -abfuhr und -entsorgung zu erhöhen. Die zu gründende gemeinsame Abfallentsorgungs GmbH soll sich nach Auffassung der Freien Demokraten auf die hoheitlichen Kernaufgaben konzentrieren.

Eine wesentliche Forderung der FDP ist die Abschaffung der unwirtschaftlichen O-Tonne, die seit ihrer Einführung in jedem Jahr hohe Defizite bis zu rund 3 Mio. € produziert.

Die FDP hatte den Bau einer Biologischen Behandlungsanlage bei Regionsgründung vor 15 Jahren aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt zu befürchtenden unausgereiften Technik und der hieraus abzuleitenden drohenden gesundheitlichen Gefährdungen für die Menschen in den Anrainer-Kommunen im Umfeld des Abfallbehandlungszentrums in Hannover-Lahe immer entschieden abgelehnt. Ein weiterer Grund für die Ablehnung des Baus einer solchen Anlage waren die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund des parallelen Vorhaltens von mehreren unterschiedlichen Abfallentsorgungssystemen. In der Folge wurden die möglichen Kapazitäten eines bereits vorhandenen Fernwärmeanschlusses in Hannover-Misburg nicht genutzt und Überkapazitäten in der Entsorgungstechnik aufgebaut. Aktuelle Auswertungen zeigen, dass von einer künftigen Nutzung der Biologischen Behandlungsanlage Abstand genommen werden muss, da die hierfür erforderlichen Sanierungsarbeiten mit einem geschätzten Kostenvolumen in Höhe von rd. 6 Mio. € wirtschaftlich nicht darstellbar sind. Die FDP begrüßt daher, dass diese Anlage künftig ausschließlich zur Nutzung der Vergärung von Bioabfällen genutzt werden soll. Die Freien Demokraten fordern die Prüfung einer künftigen ausschließlichen thermischen Verwertung des Restmüllaufkommens aus der Region Hannover mithilfe der Müllverbrennungsanlage in Hannover-Lahe.

Bürgerwünsche für die Neuaufstellung des Abfallgebührensystems berücksichtigen:

Im Rahmen des laufenden Bürgerbeteiligungsverfahrens zur Neuaufstellung des Abfallgebührensystems fordert die FDP den Erhalt der Wahlfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger im Umland Hannovers zwischen der Tonnenabfuhr und der Sackabfuhr. Das abzunehmende Mindestabfallvolumen in Höhe von 10 Litern pro Person und Woche ist schnellstmöglich zu überprüfen in Hinsicht auf eine wirtschaftlich darstellbare Absenkung auf 5 Liter. Die FDP setzt sich für den Erhalt der bisherigen kostenlosen Serviceleistungen der Anlieferung von Grünschnitt auf den Wertstoffhöfen und der Grüngutannahmestellen der Region Hannover ein.

14. Naherholung und Tourismus – eine I(i)ebenswerte Region für Einheimische und Erholung suchende von Nah und Fern

Gute Naherholungsangebote tragen maßgeblich zu einer Attraktivitätssteigerung der Region als Wohn- und Tourismusstandort bei. Das führt in der Folge auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Die FDP unterstützt alle Maßnahmen der Region, mit denen die zahlreichen ehrenamtlich engagierten Menschen in unserer Region Hilfe und finanzielle Unterstützung bei ihren Projekten zur Stärkung des Naherholungscharakters und der Aufenthaltsqualität ihrer Heimatkommunen erhalten. Besonders wichtig ist uns, dass auch finanziell schlechter gestellte Städte und Gemeinden eine faire Chance auf Verbesserung ihrer Naherholungsangebote bekommen.

Ziel ist, dass in allen Regionskommunen möglichst vielfältige Nahholungserlebnisse angeboten werden können, die über eine Verknüpfung von Naturschutz, Tourismus, Wirtschaftsförderung, Regionalplanung, Kultur und Denkmalschutz zur Attraktivitätssteigerung beitragen und zur regionalen Identität einen wichtigen Beitrag leisten. Die FDP erachtet es daher als angemessen, dass die Region Hannover einen adäquaten Beitrag zur dauerhaften Unterhaltung der Naherholungs- und Freizeitinfrastruktur leistet. Als förderungswürdig beurteilen die Freien Demokraten eine anteilige Finanzierung von bereits laufenden Projekten zur Sanierung und Entwicklung von Erholungs- und Grüninfrastruktur durch Kommunen, Vereine, private Träger und sonstige Dritte: den Erhalt des Freizeitwegenetzes FAHRRADREGION, des Grünen Rings, des Deisterkreisels und des Leine-Heide-Radwegs. Beim Projekt „Gartenregion“ befürwortet sie Maßnahmen zur Pflege der Infrastruktur. Bei diesem Vorhaben ist der FDP wichtig, dass die Mittel auf Erhaltungsmaßnahmen konzentriert werden, um die vorhandenen Mittel zielgerichtet einzusetzen und allen Regionskommunen eine adäquate Finanzierung von Naherholungsmaßnahmen zu ermöglichen.

15. Sport und Kultur – Hochwertige Sport-, Freizeit- und Kulturangebote stärken den Standort Region Hannover

Sportangebote auch in ländlichen Gebieten vorhalten:

Über eine zwischen allen Regionskommunen abgestimmte Sportentwicklungsplanung wird der Breitensport für die Zukunft fit gemacht. Trotz drohenden Bevölkerungsrückgangs in ländlichen Gebieten kann über eine verbesserte interkommunale Kooperation weiterhin die Versorgung mit Spiel- und Sportstätten sowie Bewegungsflächen sichergestellt werden. Ein Sportentwicklungsplan ermöglicht darüber hinaus den Aufbau und Erhalt eines vielfältigen Angebots traditioneller, aber auch neuartiger Sportarten vor Ort in allen Regionskommunen.

Die Arbeit der Sportvereine wird getragen durch zahlreiche ehrenamtlich Tätige. Dringend zu klären ist daher aus Sicht der Freien Demokraten, wie die Sportvereine noch besser und auf rechtssicherer Grundlage mit den Schulen kooperieren können in Hinsicht auf die Gestaltung des Nachmittagsprogramms der Ganztagschulen.

Kulturförderung steigert Lebensqualität in der Region Hannover:

In der Kulturförderung der Region Hannover spielt eine große Rolle, möglichst zahlreichen Kulturschaffenden unter der Voraussetzung einer angemessenen Projektqualität eine Förderung zuteil werden zu lassen. Die Freien Demokraten unterstützen das Ziel, über die geförderten Projekte insgesamt einen Beitrag zur kulturellen Vielfalt - zum Beispiel durch die Förderung der kleinen, freien Theater - zu leisten. Besonders wichtig ist der FDP die Fortsetzung einer Bezuschussung der Landesbühne für die Aufführungen in den Städten und Gemeinden der Region Hannover, von kulturellen Veranstaltungen im Schloss Landestrost, im Hermannshof in Völksen, im Isernhagenhof sowie von Ausstellungen regionaler Künstlerinnen und Künstler im Regionshaus sowie der jährlichen Ausrichtung des Vorlese-Wettbewerbs im Bödecker-Kreis.

Kulturschaffende sollen möglichst niederschwellig über unterschiedliche Fördermöglichkeiten über Regions- und Landesmittel informiert werden. Ziel ist hierbei, Starthilfe zu geben und Vernetzung zu befördern.

16. Ehrenamt stärken – Freiwilliges Engagement unterstützen – für eine bessere Bürgerbeteiligung bei strittigen Themen

Ehrenamt besser würdigen und Anreize setzen durch Entlastung bei bürokratischen Hürden:

Die Freien Demokraten setzen sich für eine stetige bessere Wertschätzung des für unsere Gesellschaft unverzichtbaren ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements ein. Die Anerkennungskultur muss gestärkt werden und die aus der Übernahme eines Ehrenamtes resultierenden Belastungen müssen reduziert werden. Die Wertschätzung des Ehrenamtes wird gesteigert durch eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit und die verstärkte Präsentation herausragender Beispiele ehrenamtlichen Engagements mit Vorbildcharakter.

Die FDP befürwortet die Stärkung des Ehrenamtes insbesondere in den Bereichen der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, bei den Rettungsdiensten sowie bei den Flüchtlingsunterstützungskreisen. Um ausreichend Nachwuchs in diesen Bereichen rekrutieren zu können, setzen sich die Freien Demokraten für die Entwicklung eines Anreizsystems zur Nachwuchsgewinnung ein.

Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der hieraus abzuleitenden stetigen Überalterung der Gesellschaft fordern die Freien Demokraten das Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs zur Gewinnung und Ermutigung insbesondere älterer und jüngerer Menschen zur Übernahme eines Ehrenamtes. Das stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Eine Entlastung der Ehrenamtlichen kann in erster Linie über den Abbau bürokratischer Hemmnisse erfolgen. So plädieren die Freien Demokraten zum Beispiel für die Übernahme der Kosten für Ehrenamtliche, die für ihre Tätigkeit ein erweitertes Führungszeugnis beantragen müssen.

Um Anreize zur Übernahme eines Ehrenamtes durch junge Menschen zu setzen, die Aufgaben in Vereinen, Verbänden und Organisationen übernehmen wollen, müssen Schulen und Ausbildungsbetriebe stärker für die Berücksichtigung der Übernahme solcher Ehrenämter sensibilisiert werden.

Mehr Mitsprache bei kontroversen Themen ermöglichen - Bürgerbeteiligung verbessern:

Mehr Transparenz und die Stärkung der demokratischen Diskussionskultur über eine Bürgerbeteiligung im Vorfeld wichtiger politischer Entscheidungen sind aktuelle Forderungen vieler Bürgerinnen und Bürger. Diese möchten in ihrem Heimatort in Fragen der Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes stärker eingebunden werden.

Besonders in den Focus geraten kontroverse Themen, die auch in Hinsicht auf das Ziel einer transparenten, gerechten und zukunftsorientierten Verwendung unserer Steuergelder bei mangelhafter Beteiligung immer häufiger zu scheinbar unüberbrückbaren Gegensätzen führen: Ob es um die Ansiedlung von Mastbetrieben, den kostenpflichtigen Straßenausbau, die neue Abfallgebührensatzung, die Regionskrankenhäuser, die Berufs- und Förderschulen, den Nahverkehrsplan oder die Standortsuche für den Ausbau von Windenergiegewinnung geht - dem Wunsch nach Information und Mitsprache bei komplexen und strittigen Entscheidungen muss die Region Hannover künftig noch mehr entsprechen.

Aus Sicht der Freien Demokraten sind Bürgerhaushalte ein geeignetes Modell, interessierten Bürgerinnen und Bürgern Hinweise über Aufwendungen, Erträge, Kosten- und Vermögensentwicklungen in ihrer Heimatkommunen zu geben. Auf diesem Weg können Forderungen der Bürgerinnen und Bürger auf einer fundierten Informationsgrundlage unmittelbar mit der politisch gewählten Vertretung diskutiert werden.